

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Stadtschriften

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Einz. a. D.
Redaktion, Verwaltung u. Expedition: Einz. P. omenade 11, Tel. Aut. 4103. Redaktionschluss am 15. jeden Monats
Erscheint monatlich einmal. Für Nichtmitglieder 15 Groschen.

Nr. 12

Einz an der Donau, Dezember 1930.

8. Jahrgang.

Die Wahlen und die Kriegsofiser.

Teilweise Erfüllung der Forderungen der Kriegsofiser.

Seit vielen Jahren fordern die Kriegsofiser eine Verbesserung ihrer Lage und Begünstigungen, die in anderen Staaten längst bestehen. Alles Fordern war vergebens und es mussten die Wahlen am 9. November d. J. kommen, damit die Regierung sich endlich auch einmal der Kriegsofiser besann, die seit vielen Jahren unermessliches Elend zu ertragen haben.

Unsere Organisation hat auch alle Kräfte angewendet um den Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen und wir können nun mit einiger Genugtuung feststellen, daß der Kampf nicht umsonst geführt wurde. Unser Verband hat gerade in den Wochen vor den Wahlen alle Anstrengungen gemacht, um die Berechtigung der Forderungen der breiten Öffentlichkeit, den politischen Parteien und der Regierung vor Augen zu führen. In allen Ländern wurden stürmisch die Forderungen des Zentralverbandes unterstützt und alle verantwortlichen Stellen aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß endlich in das Budget für das Jahr 1931 von dem die Kriegsofiser die Befriedigung ihrer dringenden und unabwieslichen Forderungen erwarten, die entsprechenden Beträge eingeseht werden.

Die Not steigt weiter.

Ist es den Kriegsofisern mit ihren niedrigen Rentensätzen schon in der schönsten Jahreszeit nicht mehr möglich, das Auslangen zu finden, so steigert sich das Elend derselben zwangsläufig im Herbst und im Winter, da diese Jahreszeiten an den Geldbeutel bedeutende Anforderungen stellen. Mit allem Nachdruck wurde daher die Forderung nach

Novellierung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes

verlangt, da die bisherigen Rentensätze auch nicht annähernd hinreichen, um nur das Allernotwendigste beschaffen zu können. Die Forderungen wurden jedoch ebenso wie in den Jahren vorher, nicht bewilligt, immer mit der Ausrede, daß die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind und trotzdem versprochen wurde, daß nach Einlangen der Anleihe auch die Lage der Kriegsofiser verbessert werden wird. Die Anleihe ist zum Teil eingelangt, jedoch von der Erfüllung der Forderungen nach Novellierung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes war nichts mehr zu hören.

Wir fordern

Vorsorge im Budget für 1931

und erwarten, daß der neue Nationalrat und die neue Regierung endlich einmal das Versäumnis nachholen und den Kriegsofisern, die durch viele Jahre hindurch gedarrt und gehungert haben, endlich einmal bessere Lebensbedingungen gibt.

Die Not steigt jedoch ins Ungeheure, das Gespenst der Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich, so daß die

Kriegsofiser eine Rentenerhöhung im nächsten Jahre nicht abwarten können, sondern sofortiger Hilfe bedürfen.

Der Zentralverband hat aus diesen Gründen eine noch im Monate November 1930 auszahlende

Notstandsaushilfe

gefordert und am 31. Oktober dem Bundeskanzler nachstehende Forderungen übermittelt:

Herrn

Bundeskanzler Karl Bawoin

Wien.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die furchtbare Not die unter den Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen herrscht, zwang uns schon im Jahre 1927, an die damalige Bundesregierung und die politischen Parteien mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, eine Novellierung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes durchzuführen, die insbesondere die Renten der Kriegsofiser durchgreifend erhöhen und auch eine Reihe anderer Verbesserungen zum Ziele haben soll.

Von diesen Verbesserungen sind insbesondere die Aufhebung der Bestimmungen, mindestens aber Erleichterungen des § 29 und durchgreifende Veränderung des Instanzenzuges unerlässlich. Diese Bemühungen waren bisher immer ohne Erfolg, trotzdem Mitglieder der Regierung und die Abgeordneten aller Parteien im Nationalrat die Notlage der Kriegsofiser anerkannt haben. Auch Herr Bundeskanzler Dr. Schober hat im April dieses Jahres einer Vertretung unseres Verbandes Maßnahmen zugunsten der Kriegsofiser in Aussicht gestellt und dieses Zugeständnis gegenüber dem Vorstande der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten“, der wir angehören, anlässlich seines Aufenthaltes im September dieses Jahres in Genf wiederholt. Leider ist nun bisher nichts geschehen. Auch das von der Bundesregierung veröffentlichte Budget sieht keine Erhöhung der Ausgaben für die Kriegsofiser vor, doch können daneben oder im Zuge der Beratung des Budgets die zur Novellierung des Gesetzes notwendigen Mehrausgaben bereitgestellt werden.

Die immer mehr fortschreitende Verelendung der Massen der Kriegsofiser, die schlechte Witterung und die bevorstehende kalte Jahreszeit zwingen uns nun, neben der geforderten Novellierung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes eine Notstandsaushilfe zu begehren, die noch im Monat November zur Auszahlung gelangen soll. Es ist uns bekannt, daß durch den Tod von Rentempfangern, Herabsetzung ihrer Renten, Einschränkung der Heilbehandlung und aus anderen Gründen ungefähr zwei Millionen Schilling im Jahre 1930 weniger verausgabt werden, als für die Kriegsofiserfürsorge im Budget präliminiert ist.

Wir stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, das höfliche und dringende Ersuchen, mindestens das Ersparnis des Budgets zu einer Notstandsaushilfe, die sofort flüssig zu machen wäre, verwenden zu wollen.

Diese obenerwähnten Forderungen wurden durch die Presse der Öffentlichkeit mitgeteilt und unter dem